CALIFORNIA
LOS ANGELES
JUN 29 1936

Morgen-Ausgabe

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Dienstag, 9. Juni	Nr. 743

Deutsch-brasilianische Wirtschaftsvereinbarung.

Berlin, 8. Juni. Die Brasilianische Regierung hat im Zuge einer allgemeinen Neuorientierung ihrer Handelspolitik bekanntlich Anfang d. J. fast alle brasilianischen Handelsverträge gekündigt, darunter auch das Handelsabkommen mit Deutschland vom 22. Oktober 1931. Dieses Abkommen läuft gemäß der vereinbarten Kündigungsfrist von 6 Monaten am 31. Juli 1936 ab.

Verhandlungen über den Abschluß eines neuen deutsch-brasilianischen Handelsvertrages sind alsbald eingeleitet worden. Voraussichtlich werden diese Verhandlungen zum 31. Juli jedoch noch nicht abgeschlossen sein. Um deshalb auf jeden Fall sicherzustellen, daß nach dem 31. Juli eine Störung in den Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern vermieden wird, ist jetzt schon zwischen den beiden Regierungen vereinbart worden, daß bis zum Abschluß eines neuen Handelsvertrages die unbedingte und uneingeschränkte Meistbegünstigung zwischen den beiden Ländern gilt. Der Notenwechsel hierüber ist zwischen dem deutschen Geschäftsträger in Rio de Janeiro und dem Brasilianischen Außenminister Dr. Macedo Soares am Montag vollzogen worden. Bei dieser Gelegenheit haben sich die Regierungen auch über Kontingente für einzelne Artikel des deutsch-brasilianischen Warenaustauschs verständigt.

Mitteilung der Berliner Rumänischen Gesandtschaft.

Berlin, 8. Juni. Die Rumänische Gesandtschaft teilt mit: Die Zahl der Opfer bei dem Tribüneneinsturz während der Königsparade ist von einigen Zeitungen sehr übertrieben worden. Es handelt sich um drei Tote und ungefähr 80 Verletzte. Zu einer Panik ist es nicht gekommen. Vielmehr hat sich das Publikum mustergültig ruhig verhalten. Der König selbst beteiligte sich als einer der ersten an den Hilfsmaßnahmen.

Nachträgliche Ehrung der Fliegerin Luise Hoffmann.

Berlin, 8. Juni. Luise Hoffmann, die als einzige Einsitzerin der deutschen Luftfahrtindustrie im vorigen Jahr bei einem Sportflug auf so tragische Weise ums Leben kam, ist vom Ausland noch nachträglich in schöner Weise geehrt worden.

Der Aeroklub von Portugal hat jetzt eine Plakette übersandt, die Luise Hoffmann für ihre Teilnahme an dem Internationalen Flugwettbewerb in Lissabon 1935 erhalten sollte, bei dem sie sich bereits hervorragende Leistungen ausgezeichnete. Die Plakette ist durch das Reichsluftfahrtministerium den Eltern der Fliegerin übermittelt worden.

„Graf Zeppelin" nach Südamerika gestartet.

Frankfurt a. M., 8. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist am Montag um 20.13 Uhr vom Flughafen Rhein-Main nach Südamerika gestartet. An Bord des Luftschiffes befinden sich 20 Fahrgäste.

Internationale Handwerkertagung.

Frankfurt a. M., 8. Juni. Gleichzeitig mit dem Reichshandwerkertag in Frankfurt a. Main findet eine Internationale Handwerkerkonferenz durchgeführt, an der außer den deutschen Handwerksvertretern Vertreter aus Belgien, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Finnland, Island, Oesterreich, Polen und der Schweiz teilnahmen. Deutschland wurde durch Reichshandwerksmeister Schmidt vertreten. Den Vorsitz führte Professor Buronzo aus Rom.

Die Konferenz erklärte die Internationale Zentrale zum Studium der Handwerksfragen mit dem Sitz in Rom für endgültig errichtet. Eine neue Handwerkskonferenz soll in Zürich zusammentreten. Diese kommende internationale Handwerkstagung wird sich mit dem — auch in letzter Zeit wieder von Deutschland in Angriff genommenen — Austausch von Handwerksgesellen auf internationaler Grundlage befassen. Die Berichterstattung für diese Frage wurde dem deutschen Handwerk übertragen. Zur Beratung steht weiter der internationale Austausch von Handwerkserzeugnissen und eine Untersuchung über die Lage des Handwerks in den einzelnen Staaten. Professor Buronzo wurde beauftragt, die neue Arbeitstagung in Zürich bis spätestens Herbst 1936 im Einvernehmen mit dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerbeverbandes einzuberufen.

Görings Kranz am Grabe von Brumowskis.

Wien, 8. Juni. Der deutsche Militär- und Luftattaché Generalleutnant Muff hat Montag am Begräbnis des verunglückten Fliegerhauptmannes von Brumowski teilgenommen und namens des Oberbefehlshabers der deutschen Luftwaffe, Generalobrst Göring, am Grabe einen Kranz niedergelegt.

Der Reichssportführer von Warschau abgeflogen.

Warschau, 8. Juni. Der Reichssportführer von Tschammer und Osten ist am Montag mittag vom Warschauer Flugplatz nach Berlin abgeflogen. Zur Verabschiedung waren auf dem Flugplatz erschienen der deutsche Botschafter von Moltke sowie Vertreter des Polnischen Olympiakomitees und der polnischen Sportorganisationen mit General Rouppert und Oberst Gladisz an der Spitze.

Ein zweiter Selbstmord im Kattowitzer Hochverratsprozeß.

Kattowitz, 8. Juni. Im Zusammenhang mit dem großen Kattowitzer Hochverratsprozeß hat am Sonntag der Angeklagte Ignatz Schlappa aus Chorzow Selbstmord verübt. Der 48 Jahre alte Angeklagte wurde am Sonntag vormittag in seiner Zelle im Kattowitzer Gerichtsgefängnis am Fenstergitter erhängt aufgefunden.

Es ist dies der zweite Selbstmord eines Angeklagten in diesem Prozeß. Bekanntlich hat am 2. März 1936 der Gründer und Leiter des sogenannten Geheimbundes, Manura, im Königshütter Gerichtsgefängnis Selbstmord verübt.

Die Tagung des Verbandes für Kriegergräberfürsorge.

London, 9. Juni. Am Mittwoch nachmittag fand die erste Sitzung des deutsch-englisch-französischen Ausschusses über gemeinsame Kriegergräberfürsorge in London statt.

Lord Trenchard eröffnete in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Ausschusses die Tagung und begrüßte den General von Seeckt, den französischen General Guillaumat und andere hervorragende deutsche und französische Ausschußmitglieder. Er gab dabei der Hoffnung Ausdruck, daß die Bildung dieses Ausschusses ein Wendepunkt in den gegenseitigen Beziehungen sein möge, und daß die gemeinsame Erinnerung an den Heldenmut der Kriegsopfer den Weg zum Frieden weisen müßte. Nachdem General von Seeckt und der französische General die Begrüßungsansprache erwidert hatten, nahm der Ausschuß eine vom Präsidenten Sir Fabian Ware formulierte und von General Guillaumat unterstützte Erklärung an, in der der schwere Verlust zum Ausdruck kommt, den der Ausschuß durch den Tod des deutschen Botschafters in London, von Hoesch, der eines der ersten Ehrenmitglieder des Ausschusses war, erlitten habe.

Nach Ernennung Sir Fabian Wares zum Vorsitzenden der Tagung wurde der Besuch der deutschen Kriegergräber in England und Schottland besprochen. Ferner wurde beschlossen, Vorbereitungen für die baldige Errichtung von Grabsteinen für deutsche Kriegergräber auf britischen Kriegerfriedhöfen in Frankreich zu treffen. Einen weiteren Gegenstand der Beratungen bildete der Wortlaut einer Inschrift, die am Eingang der britischen Friedhöfe in Deutschland angebracht werden soll. Diese Inschrift soll dem Dank an das deutsche Volk Ausdruck verleihen, daß diese Friedhöfe nach englischem Brauch angelegt und von englischen Staatsangehörigen betreut werden dürfen.

Am Sockel des Kenotaph, des englischen Ehrenmals, wurde am Montag nachmittag ein prächtiger Lorbeerkranz mit weißen Lilien und einer Hakenkreuzschleife Seite an Seite mit einem von der französischen Trikolore umwundenen Kranz im Auftrage des Generals von Seeckt und des Generals Guillaumat niedergelegt.

Britische Reichspressekonferenz in London.

London, 8. Juni. Unter dem Vorsitz des Mitinhabers der „Times", Major Astor, wurde am Montag in London die Britische Reichspressekonferenz eröffnet. Verleger und Schriftleiter aus allen Teilen des Britischen Reiches sind auf dieser Konferenz vertreten, um gemeinsam Richtlinien für die Pressepolitik des Britischen Reiches festzulegen und gleichzeitig auch über technische Fragen, wie die des Nachrichtenaustausches, der Verbreitung usw. zu verhandeln. Zu Hinblick auf die den britischen Dominien in den letzten 20 Jahren zugestandenen Selbstverwaltungsrechte kommt diesen Reichspressekonferenzen eine ständig wachsende Bedeutung zu. Die Tagesordnung der gegenwärtigen Konferenz umfaßt u. a. Zeitschriftenen, Renderung der Gesetze über Verleumdungsklagen, das Eigentumsrecht bei Nachrichten, das Copyright und die Frage des Austausches von Schriftleitern innerhalb des britischen Imperiums.

Auf der Eröffnungssitzung hielt der Dominienminister Malcolm MacDonald eine Ansprache, in der er die Forderung der Harmonie und der Einigkeit unter den Völkern des Britischen Reiches als die Hauptaufgabe des Reichspresseverbandes bezeichnete. Die Frage laute, wie die Gemeinsamkeit des Vorgehens der sechs völlig autonomen Regierungen des britischen Staatenverbandes aufrechterhalten werden könne. Früher sei die Beantwortung dieser Frage verhältnismäßig einfach gewesen, weil beispielsweise über Fragen der Außenpolitik nur von einer einzigen Regierung, nämlich der Regierung in der Downing Street, entschieden worden sei. Heute sprächen sechs verschiedene Regierungen für das Reich.

In den Jahren nach dem Kriege, führ Malcolm Mac Donald fort, hätten die Staaten in den Dominien und auch einige Dominien-Regierungen ihre ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet, sich selbst und die übrige Welt davon zu überzeugen, daß die Stellung ihres Dominiums der eines souveränen Staates entspreche. Man müsse sich fragen, ob nicht von einer allzu starken Betonung dieser Tatsache abgesehen werden sollte, nachdem die alten Formen und Verfahren überwunden seien. Es gelte, die Gedanken auf das Zustandekommen neuer Verfahren und neuer Formen zu richten, die gleichzeitig die alte Funktion — die Wahrung der Einigkeit unter den Völkern des gesamten Reiches — erfüllten. Das sei ein leichtes Problem. Die Völker im Reich brauchten nicht nervös zu sein. Weder die englische Regierung noch die Bevölkerung Englands wünsche die Souveränität, die die Dominien heute ausüben, in irgendeiner Weise einzuschränken. Die Freiheit der Dominien sei vollständig und endgültig. Diese Tatsachen und die Wahrung des Geistes seien eine wesentliche Vorbedingung für die harmonische Zusammenarbeit der sich selbst regierenden Länder des Reiches. Jede etwaige neue Form müsse in Einklang mit dem verfassungsmäßigen Status der Dominien stehen. Die Zeit sei reif, daß die Menschen in allen Teilen des Reiches über dieses Problem ernstlich nachdächten.

Veränderung in der Leitung der Pariser Polizei.

Paris, 9. Juni. Das neue politische Gesicht der französischen Regierung wird zweifellos in der höheren Verwaltung zu manchen Umbesetzungen führen. Die erste ist bereits in der Pariser Polizei erfolgt. Der bisherige Generaldirektor der städtischen Polizei, Guichard, der als Werkzeugsmann des früheren Polizeipräsidenten und jetzigen Präsidenten des Pariser Stadtrats, Chiappe, gilt, ist in den Ruhestand versetzt worden. Zu seinem Nachfolger ist der Polizeidirektor Marchand ernannt worden.

Der sozialistische Populaire bemerkt zu dieser Veränderung, daß Guichard die Rechtsverbände begünstigt habe.

Neue Ausstände trotz grundsätzlicher Einigung.

Paris, 9. Juni. Die Pariser Morgenpresse stellt die Streiklage in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen. Trotz des in der Nacht zum Montag erzielten grundsätzlichen Uebereinkommens ist keineswegs einheitlich ein Abflauen der Streikbewegung festzustellen. Zwar ist vor allem in Paris eine Entspannung eingetreten, die Rückkehr an die Arbeitsplätze erfolgte aber trotzdem nur sehr zögernd. Wenn man am Montag in Regierungskreisen gehofft hatte, daß die Arbeit im allgemeinen am Dienstag wieder aufgenommen werden würde, so spricht man jetzt bereits vom Ende der Woche. Der Arbeitgeberverband von Frankreich erklärt, daß sich in den Verhandlungen mit den Arbeitern über die durch Gesetz noch zu regelnden arbeitspolitischen, arbeitszeitlichen und sozialen Fragen im wesentlichen eine Einigung werde erzielen lassen, daß aber die Frage der Lohnerhöhung Schwierigkeiten mache. Es werde daher vielfach nötig sein, die Regierung als Schlichtungsinstanz anzurufen.

Die Zahl der Streikenden hat sich in Paris um 200 000 Bauarbeiter und in Nordfrankreich um die Hälfte erhöht. Dort wird die Gesamtzahl der Streikenden auf 400 000 geschätzt. Während im Bezirk von Belfort fast eine völlige Einigung zwischen den Streikenden und den Arbeitgebern erzielt werden konnte, brechen in anderen Provinzstädten immer wieder neue Streiks aus. In Paris wurde in zahlreichen kleineren Betrieben rasch eine Einigung erzielt, so daß die Arbeit wiederaufgenommen wurde. Eine Beunruhigung des Finanzlebens ist durch ein Abkommen zwischen den Banken und ihren Angestellten vermieden worden. Hingegen sind 10 000 Versicherungsangestellte am Montag in den Streik getreten und haben die Geschäftshäuser ihrer Firmen besetzt. Auch die Pariser Schneider beabsichtigen, am Dienstag in den Streik zu treten. Bei der großen Zeitungsvertriebsgesellschaft Hachette konnte noch keine Einigung erzielt werden, so daß die Zustellung der Pariser Zeitungen in die Provinz nach wie vor unterbunden bleibt.

Obwohl die Lebensmittelversorgung von Paris während des ganzen Streiks niemals ernstlich gefährdet erschien, haben die Preise so stark angezogen, daß die Polizeibehörden bereits in 200 Fällen mit Strafbefehlen eingreifen mußten.

Van Zeeland erneut mit der Regierungsbildung beauftragt.

Brüssel, 8. Juni. Nachdem der Führer der Sozialistischen Partei, Vandervelde, den Wunsch ausgedrückt hatte, der König möge sich wegen der Regierungsbildung erneut an van Zeeland wenden, hat König Leopold II. den bisherigen Ministerpräsidenten van Zeeland beauftragt, das neue Kabinett zu bilden. Van Zeeland hat sich Bedenkzeit erbeten und mitgeteilt, daß er am Dienstag morgen Bescheid geben könne, ob er den Auftrag annehme.

Die italienischen Sommermanöver.

Rom, 8. Juni. Die Nachricht, daß die diesjährigen italienischen Sommermanöver „außer im Falle von höherer Gewalt" in Süditalien, zwischen Neapel und Bari, stattfinden würden, wird von der italienischen Presse allgemein an hervorragender Stelle veröffentlicht. Ebenso stark beachtet wird das Dementi gegen die im Ausland umgehenden „völlig phantastischen" Nachrichten, wonach die Manöver anderwärts, etwa wieder in Südtirol, vor sich gehen sollten.

Das halbamtliche Giornale d'Italia schreibt in diesem Zusammenhang, auch die normalen italienischen Sommermanöver seien den Versuchen einer italienfeindlichen Auslegung im Ausland nicht entgangen. Die agents provocateurs, die dabei am Werke seien, seien übrigens leicht festzustellen.

Zur Wahl des Manövergeländes bemerkt das gleiche Blatt, die großen Sommermanöver sollten auch in diesem Jahr die gleiche klare Verwirklichung strategischer und taktischer Aufgaben zeigen, die bereits die letzten italienischen Manöver ausgezeichnet habe. Von Jahr zu Jahr werde der große italienische Kriegsapparat stärker und technisch vollständiger. Daher komme den Manövern auch von Jahr zu Jahr größere Bedeutung zu.

Die neue Verfassung der Sowjetunion.

Moskau, 7. Juni. Der vom Hauptausschuß der Bolschewistischen Partei angenommene Entwurf der neuen Verfassung der Sowjetunion wird in Kürze veröffentlicht werden. Man erwartet die alsbaldige Einberufung des Rätekongresses, der die neue Verfassung anerkennen soll. Der Rätekongreß ist nach der bisherigen Verfassung diejenige Körperschaft, die mittelbar oder unmittelbar die staatlichen Vollzugsorgane der Sowjetunion bestimmt; er geht aus mehrfach abgestuften mittelbaren Wahlen hervor.

Ueber die künftigen Bestimmungen der neuen Verfassung wird bekannt, daß man sich von den Vorbildern der parlamentarischen Demokratien künftig äußerlich weniger entfernt zu halten gedenkt als bisher. Im besonderen beabsichtigt man, das äußere Bild der „Wahlen" dadurch vom früheren Verfahren abweichen zu lassen, daß nicht nur Vertreter von Sowjetbehörden die Mitglieder des Rätekongresses bezw. der neu zu schaffenden Körperschaft zu wählen haben, sondern daß direkte Wahlen stattfinden. Die künftige Wahlordnung wird neue Wahlkreise schaffen; die Wähler werden offiziell die Auswahl zwischen verschiedenen Kandidaten haben, die von öffentlichen Körperschaften, wie z. B. Betrieben, Kollektivwirtschaften, Berufsverbänden, Heeresformationen, Gewerkschaften usw. aufgestellt werden. Daß diese Kandidaten der Zustimmung der maßgeblichen bolschewistischen Stellen bedürfen, versteht sich von selbst; die Bildung von Parteien wird nach wie vor nicht zugelassen.

Die Bezeichnung der neu gewählten Körperschaft ist noch unbekannt. Man spricht von zwei Kammern, von denen die eine aus direkten Wahlen hervorgehen soll, während die andere sich vermutlich aus von den einzelnen Bundesregierungen bestimmten Vertretern der Bundesrepubliken, autonomen Gebiete usw. zusammensetzen wird.

Die neue Sowjetverfassung, ihre Vorbereitung und die Art, wie sie in Szene gesetzt wird, sind vorwiegend propagandistisch zu beurteilen. Sie steht in engstem Zusammenhang mit der neuen „elastischen Taktik" des Bolschewismus und soll wohl nicht zuletzt in den westlichen Demokratien für das Sowjetregime werben.

Schwere Folgen eines Flugzeugabsturzes.

Belgrad, 8. Juni. Wie aus Dubrovnik (Ragusa) gemeldet wird, stürzte am Montag von zwei Militärflugzeugen, die über der Stadt kreisten, das eine Flugzeug plötzlich ab und fiel in der Stadtmitte nieder. Beim Aufprall auf ein Haus explodierte der Tank des Flugzeuges. Das brennende Benzin ergoß sich auf die engen Gassen, die infolge des lebhaften Mittagsverkehrs von zahlreichen Menschen belebt waren. Viele Straßenpassanten wurden von den Flammen erfaßt. Drei Personen verbrannten auf der Stelle, während 13 mit Brandwunden ins Krankenhaus geschafft wurden. Vier von ihnen sind sehr schwer verletzt. Das Haus, auf das das Flugzeug gefallen war, ging in Flammen auf, während drei andere Häuser durch das Feuer schwer beschädigt wurden.

Die Leichen des Fliegers und des Beobachters des Flugzeuges wurden aus den Trümmern des abgestürzten Flugzeuges geborgen.

Verantwortlich: Kurt Schwarzkopff, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.